

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
11.03.2015
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Mieterinitiative Großbeerenstraße
Vorlage: 14/SVV/1079
Fraktion DIE LINKE
 - 3.2 Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen
Vorlage: 15/SVV/0043
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.3 Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-
Mittelmark
Vorlage: 15/SVV/0046
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
 - 3.4 Potsdam- App
Vorlage: 15/SVV/0116
Fraktion AfD
 - 3.5 Marktplatz im Internet
Vorlage: 15/SVV/0122
Fraktion Bürgerbündnins-FDP
 - 3.6 Gestaltung Willi-Frohwein-Platz
Vorlage: 15/SVV/0123
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
 - 3.7 Lärmschutz an der Nutheschnellstraße
Vorlage: 15/SVV/0138
Fraktion DIE LINKE
 - 3.8 Sicherung Tierheimstandort Sago-Gelände
Vorlage: 15/SVV/0139
Fraktion DIE LINKE
 - 3.9 Kein Umbau der Zeppelinstraße zur Staufalle
Vorlage: 15/SVV/0159
Fraktion DIE LINKE

- 3.10 Bürgerbeteiligung bei den Planungen Zeppelinstraße
Vorlage: 15/SVV/0164
Fraktion SPD
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Prüfauftrag Kultur-App für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0179
Oberbürgermeister, Bereich Marketing
- 4.2 Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des
Schulentwicklungsplanes
gemäß Beschluss: 14/SVV/0940
und
Information über die Prüfung von Entlastungseffekten durch die Einbeziehung
Freier Träger beim Bau und Betrieb von Schulen
gemäß Beschluss: 14/SVV/0063 (Punkt 5)
- 4.3 Sicherung der öffentlichen Zugänglichkeit der Parkanlagen am Pfingstberg
- 4.4 Entwicklungsbereich Krampnitz - 7. Sachstandsbericht
Vorlage: 15/SVV/0174
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.5 1. Jahresbericht des Modellprojekts "Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam"
Vorlage: 15/SVV/0177
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.6 Anpassung der Aufsichtsratsvergütung in städtischen Unternehmen
Vorlage: 15/SVV/0196
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 4.7 Sachstandsbericht - Bündnis für Wohnen und Stärkung des sozialen
Wohnungsbaus
gemäß Beschluss: 14/SVV/0885
lt. Beschluss beginnend ab März BE
- 4.10 Information zu den Sonntagsöffnungszeiten
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Finken eröffnet die Sitzung. Herr Exner nimmt gemäß § 56 Abs. 1 und 2 BbgKVerf das Stimmrecht für den Oberbürgermeister wahr.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /

Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.03.2015

Herr Finken stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt Herr Finken folgende Änderungen vor:

Die Tagesordnung soll um folgende Punkte unter „Mitteilungen der Verwaltung“ erweitert werden:

- Information zum Erhalt der Geburtsstation Bad Belzig
- Verordnung Sonntagsöffnungszeiten

Die von der Fraktion DUIE LINKE erbetene Information zur Entscheidung der Vergabekammer bezüglich der Auftragserteilung für das Potsdamer Tourismusmarketing 2015 an die TMB wird im nicht öffentlichen Teil gegeben.

Im Weiteren schlägt Herr Finken vor, die Tagesordnungspunkte 3.4, 3.5 und 4.1 zusammen zu behandeln und folgende Tagesordnungspunkte wegen fehlender Ausschussvoten zurückzustellen:

- 3.2 - Potsdam strebt an, den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen
- 3.9 und 3.10 – Zeppelinstraße, allerdings soll über die geplante Bürgerversammlung informiert werden.

Ebenfalls zurückzustellen ist der Tagesordnungspunkt 3.7 – Lärmschutz Nutheschnellstraße, da erst zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses ein Vertreter des Landesbetriebes Straßenwesen seine Teilnahme sichern könne.

Darüber hinaus liegen Anträge auf Rederecht vor:

- zum TOP 3.1 – Vertreter der Mieterinitiative Frau Jana Petri
- zum TOP 4.3 – Parkanlagen Pflingstberg – Frau Jagszent

Zum TOP 4.5 - Jahresbericht des Modellprojekts "Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam" beantragt Frau Dr. Müller ein Rederecht für Herr Voigt, Sprecher des Beteiligungsrates:

Gegen beiden Anträge erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 13. Sitzung des Hauptausschusses vom 11.03.2015 gibt es keine Einwände; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Mieterinitiative Großbeerenstraße Vorlage: 14/SVV/1079 Fraktion DIE LINKE

Eingangs erhält Frau Petri als Vertreterin der Mietergemeinschaft "Musikerviertel" das Rederecht und stellt die Ereignisse der letzten Monate sowie die erzielten Ergebnisse vor. Sie bittet, den vereinbarten Termin Ende März um weitere 12 Wochen zu verlängern, um den Kauf der Häuser erfolgreich zum Abschluss bringen zu können.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es beachtlich sei, was hier von den Beteiligten geleistet wurde. Der per Mail an die Fraktionen übermittelten Bitte, sich für eine Fristverlängerung von 3 Monaten einzusetzen, sollte gefolgt werden. Wenn dies in der Niederschrift festgehalten werde, bedarf es keiner Abstimmung des Antrags.

Herr Müller-Zinsius sagt eine Fristverlängerung bis zum 30.06.2015 zu und fragt, was passiere, wenn diese nicht eingehalten werde. Frau Petri sichert zu, dass diese Frist ausreiche, um alle notwendigen Schritte abschließen zu können.

Dann, so Herr Müller-Zinsius, werde der Gesellschafterbeschluss in diesem Sinne geändert.

Herr Linke bittet, den Antrag in der Hauptausschusssitzung am 08.07.2015 noch einmal aufzurufen und über den Sachstand zu informieren. Herr Dr. Scharfenberg schließt sich diesem Vorschlag an, da der Antrag ohnehin als prozessbegleitend gestellt worden sei.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.2 **Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen**

Vorlage: 15/SVV/0043

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 3.3 **Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark**

Vorlage: 15/SVV/0046

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Dazu, so Herr Finken liegt ein geänderter Beschlusstext des Ausschusses Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr mit folgendem Wortlaut vor:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Potsdam und Potsdam-Mittelmark zu prüfen. Dazu sollen Vorteile und Nachteile für beide Partner sowie gemeinsame finanzielle und verkehrspolitische Synergieeffekte aufgelistet werden.

Dazu sind im Anschluss an die derzeit laufenden Umstrukturierungsmaßnahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Potsdam-Mittelmark, mit den Vertretern des ViP und den Verantwortlichen von Potsdam-Mittelmark sind Gespräche zu führen, um die Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorhaben zu erörtern.

Über den Fortgang der Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung im April 2016 zu unterrichten.

~~*Der Stadtverordnetenversammlung ist im April 2015 Bericht zu erstatten.*~~

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich gegen diese geänderte Fassung aus, da das Anliegen in die geplante Strukturierung einbezogen werden sollte; dies erst

danach anzugehen, halte er für ungünstig.
Ebenso meint Herr Schubert, dass der in der geänderten Fassung enthaltene Termin keinen Sinn mache und das Anliegen in der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Kreisausschusses Potsdam-Mittelmark beraten werden sollte.

Herr Exner spricht sich für und Schüler gegen eine Zurückstellung aus.

Herr Domnick, Bereich Teilnehmendenmanagement, führt dazu aus, dass viele planerische Fragen offen seien, wie z. B. die Frage der Linienkonzessionen. Außerdem werde angestrebt, das Anliegen auf Nachhaltigkeit zu prüfen und die Ziele der Stadt Potsdam zu definieren.

Im Ergebnis der Diskussion erhebt sich gegen die vorgeschlagene Verfahrensweise der Zurückstellung und Beratung in der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Kreisausschusses Potsdam-Mittelmark kein Widerspruch.

zu 3.4 Potsdam- App
Vorlage: 15/SVV/0116
Fraktion AfD

Herr Finken ruft die Tagesordnungspunkte 3.4, 3.5 und 4.1 gemeinsam auf.
Herr Wellmann bringt den Antrag ein, der als Prüfauftrag verabschiedet werden soll.

Frau Dr. Sommer verweist auf die ausgereichte Mitteilungsvorlage DS 15/SVV/0179 (Potsdamer Kultur-App). In diesem Zusammenhang sei die Frage zu stellen, wie sinnfälligerweise eine solche App sei. Für diese Apps werde ein langer Entwicklungsvorlauf und eine gute Struktur benötigt, so dass in der Mitteilungsvorlage empfohlen werde, auf der Website www.potsdam.de sehr viele der bestehenden Anforderungen abzudecken und die Kooperation mit den Stadtwerken weiter auszubauen.

Herr Schubert betont, dass die Potsdam-Seiten gut zu nutzen seien und Aufwand und Nutzen einer weiteren App hier nicht im Verhältnis stehen.

Herr Wellmann betont, dass er eine solche App für sinnvoll halte, weil eine Vielzahl von Informationen schnell und abrufbar sei.

Anschließend wird der Antrag in Form eines Prüfauftrages zur Abstimmung gestellt:

Der Herr Oberbürgermeister wird beauftragt, die Entwicklung und Bereitstellung einer „Potsdam- App“ in Auftrag zu geben und die Stadtverordnetenversammlung Ende Juli über die zu erwartenden Entwicklungskosten zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|----|
| Zustimmung: | 1 |
| Ablehnung: | 12 |
| Stimmenthaltung: | 4 |

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, diesen Antrag **abzulehnen**.

zu 3.5 Marktplatz im Internet
Vorlage: 15/SVV/0122
Fraktion Bürgerbündnis-FDP

Frau Dr. Sommer verweist auf die im Ergebnis einer gemeinsamen Veranstaltung der IHK mit dem Marketingclub entstandene Plattform www.Ehrenamt-Potsdam.de, die auch sozialen Projekten diene und mit der Homepage der Stadt Potsdam verlinkt sei. Dieser bereits vorhandene „Marktplatz“ sollte optimiert und mit dem Anliegen des Antrags zu verknüpfen werden.

Auf die Anmerkung von Frau Eisenblätter, dass sie auch privates Engagement finanzieller Art mit einfangen möchte, schlägt sie vor, eine Empfehlung der Verwaltung zu erarbeiten und auf das Vorhandene aufzusetzen.

Darauf Bezug nehmend bringt Herr Schubert folgende Änderung des Antrags ein, die anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **die Plattform potsdam-ehrenamt.de dergestalt weiterzuentwickeln, dass diese ermöglicht, eine Plattform / Marktplatz im Internet (erreichbar via Potsdam.de) für Potsdam aufzubauen, die es ermöglicht, dass soziale Projekte und Träger ihre finanziellen Unterstützungsbedarfe darstellen können und so mit möglichen Unterstützern (Geldgebern / Investoren / Sponsoren / lokale Unternehmen) in direkten Kontakt treten können.**

Erfolgreich abgeschlossene Projekte sollen namentlich auf dieser Seite veröffentlicht werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.1 Prüfauftrag Kultur-App für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0179
Oberbürgermeister, Bereich Marketing

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.6 Gestaltung Willi-Frohwein-Platz
Vorlage: 15/SVV/0123
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Herr Schubert bringt den Antrag ein.

Herr Dr. Scharfenberg schließt sich dem Anliegen an, was aber mit folgender Ergänzung konkretisiert werden sollte:

Dazu sind auch Gespräche mit den anliegenden Wohnungsgesellschaften zu einem möglichen gemeinsamen Vorgehen zu führen.

Die Babelsberger Schulen sind in geeigneter Weise in die Ideenfindung zur Gestaltung des Platzes einzubeziehen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juli 2015 über den Stand der Bemühungen zu informieren.

Herr Klipp verweist in seinen Ausführungen darauf, dass es sich hier um ein

Sanierungsgebiet handele. Für 2017 sei die Neugestaltung des Platzes, verbunden mit der Erneuerung unterirdischer Leitungen und von Hausanschlüssen in einem koordinierten Vorgehen ohnehin vorgesehen.

Herr Schubert betont, dass das eine das andere nicht ausschlieÙe und der Termin der Ehrung im Jahr 2016 dazu genutzt werden sollte, das Vorhaben im Sinne des Ergänzungsantrages der Fraktion DIE LINKE in Zusammenarbeit mit Schulen und Wohnungsgenossenschaften vorzustellen.

Dem schließt sich Frau Müller an und meint, die Ideenfindung sollte nicht erst 2017 beginnen.

Herr Dr. Scharfenerbg spricht sich dafür aus, die Beteiligung frühzeitig auszulösen und den Antrag jetzt zur Beschlussfassung zu empfehlen.

Herr Klipp betont, dass die Beteiligung aller Anlieger ohnehin zwingend sei, da es sich um eine Maßnahme nach dem Kommunalen Abgabengesetz handele. Er sagt zu, die Gestaltungsvorschläge in den Fachausschüssen vorzustellen.

Herr Schubert übernimmt namens der Antragstellerinnen die Ergänzung des Beschlusstextes, der wie folgt zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass der „Willi-Frohwein-Platz“ in Babelsberg angemessen und würdevoll gestaltet wird.

**Dazu sind auch Gespräche mit den anliegenden Wohnungsgesellschaften zu einem möglichen gemeinsamen Vorgehen zu führen.
Die Babelsberger Schulen sind in geeigneter Weise in die Ideenfindung zur Gestaltung des Platzes einzubeziehen.**

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juli 2015 über den Stand der Bemühungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|-----------|
| Zustimmung: | 16 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmenthaltung: | 1 |

zu 3.7 Lärmschutz an der Nutheschnellstraße

Vorlage: 15/SVV/0138

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 3.8 Sicherung Tierheimstandort Sago-Gelände

Vorlage: 15/SVV/0139

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein, mit dem die Voraussetzungen für eine Genehmigung der Kommunalaufsicht befördert werden solle.

Herr Exner schlägt mit folgendem Änderungsantrag vor, die Begrifflichkeiten zu ändern:

Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Willen, dass das an den TSV (Tierschutzverein) Potsdam vergebene Grundstück als Standort für eine Tierbetreuungseinrichtung mit der Option der späteren Errichtung eines Tierheims entwickelt wird.

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt die se Entwicklung verbunden mit der Annahme, dass sich der TSV nach der Entwicklung des Standortes an einer Ausschreibung der Fundtierbetreuung beteiligen wird.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem TSV an der Ausräumung der Bedenken der Kommunalaufsicht zu arbeiten.

Herr Dr. Scharfenberg stimmt den Änderungen im Grunde zu, möchte aber in der 2. Zeile das Tierheim mit aufgenommen wissen. Er meine, es sei wichtig, diese Intuition der Stadt zu verdeutlichen.

Im Ergebnis der Diskussion wird folgender Beschlusstext zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Willen, dass das an den TSV (Tierschutzverein) Potsdam vergebene Grundstück ~~im Sago-Gelände an der Michendorfer Chaussee~~ als künftigen Standort für eine Tierbetreuungseinrichtung mit der Option der späteren Errichtung eines Tierheims ~~das neue Tierheim in Potsdam zu~~ entwickelt wird.

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt die se Entwicklung verbunden mit der Annahme, dass sich der TSV nach der Entwicklung des Standortes an einer Ausschreibung der Fundtierbetreuung beteiligen wird. Absicht, die Fundtierbetreuung künftig an diesem Standort realisieren zu wollen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem TSV an der Ausräumung der Bedenken der Kommunalaufsicht zu arbeiten.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------|----|
| Zustimmung: | 14 |
| Ablehnung: | 1 |
| Stimmenthaltung: | 2 |

zu 3.9 **Kein Umbau der Zeppelinstraße zur Stauffalle**
Vorlage: 15/SVV/0159
Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 3.10 **Bürgerbeteiligung bei den Planungen Zeppelinstraße**

Vorlage: 15/SVV/0164
Fraktion SPD

Entsprechend der zu Beginn der Sitzung geäußerten Bitte, über die Bürgerversammlung zu informieren, führt Herr Klipp aus, dass diese am kommenden Freitag im arcona-Hotel stattfindet. Nach jetziger Kenntnis scheint die Resonanz sehr groß zu sein, so dass im Bedarfsfall ein erneuter Termin angeboten werde. Um alle Fragen zu beantworten, stehen sowohl Vertreter des Landesumweltamtes, Mitarbeiter der Verwaltung und auch er selbst zur Verfügung.

Frau Dr. Schröter regt an, nicht nur Informationen zu geben, sondern diese Veranstaltung auch für Hinweise und Kritiken zu nutzen und diese in das weitere Handeln mit einzubeziehen. Herr Klipp sagt dies zu und betont, dass aber auch darauf hingewiesen werden müsse, dass es bisher nur zwei realistische Varianten gebe, die tatsächlich zur Einhaltung der Grenzwerte beitragen.

Die bisherigen Reaktionen, so Herr Dr. Scharfenberg, zeigen, dass über das „Wie“ diskutiert werden soll und für Akzeptanz der Maßnahmen zu werben sei. Er fragt nach, wie die Abstimmungen mit dem Umland erfolgt seien. Herr Klipp entgegnet, dass es enge Abstimmungen mit den Nachbargemeinden gebe, verweist aber darauf, dass der Oberbürgermeister für die Einhaltung der Grenzwerte im Potsdamer Stadtgebiet verantwortlich sei. Herr Schubert wirbt in seinen Ausführungen für eine gemeinsame Lösung dieser Problematik.

Herr Schultheiß widerspricht den Anmerkungen von Herrn Klipp bezüglich der realistischen Vorschläge und verweist auf seine diesbezüglichen Ausführungen in der letzten Sitzung des Hauptausschusses. Darauf Bezug nehmend betont Herr Linke, dass Maßnahmen, die nicht zur Einhaltung der Grenzwerte führen, zum Scheitern verurteilt seien.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 4.2 Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des
Schulentwicklungsplanes
gemäß Beschluss: 14/SVV/0940
und
Information über die Prüfung von Entlastungseffekten durch die
Einbeziehung Freier Träger beim Bau und Betrieb von Schulen
gemäß Beschluss: 14/SVV/0063 (Punkt 5)**

Frau Rademacher stellt an Hand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt wird, den aktuellen Sachstand vor und geht dabei ein auf:

- die Schülerzahlen
- die Bevölkerungsprognose sowie
- die einzelnen Sozialräume.

Sie betont, dass jetzt ein Arbeitsstand erreicht sei, um die erweiterte Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Stadtverordneten wieder tagen zu lassen.

Anschließend werden Nachfragen beantwortet, so von Herrn Linke zu Verflechtungen einzelner Sozialräume, von Herrn Schultheiß zum Standort

Nedlitzer Holz, von Herrn Schüler zum Zeitpunkt notwendiger Nachbesserungen und von Herrn Dr. Scharfenberg zur Verwendung eventuell freiwerdender Mittel, wenn es zu Entlastungseffekten komme.

zu 4.3 Sicherung der öffentlichen Zugänglichkeit der Parkanlagen am Pfingstberg

Der Oberbürgermeister übernimmt die Sitzungsleitung.

Eingangs nimmt Frau Jagszent das Rederecht wahr und übergibt dem Oberbürgermeister Unterschriften zur Petition „Rettet den Pfingstberg“. Im Weiteren beschreibt sie die derzeitige Situation aus ihrer Sicht und die mit der Petition verbundenen Wünsche.

Anschließend erläutert Herr Goetzmann, dass in 4 Konferenzen der beteiligten Dienststellen unterschiedliche Aspekte beleuchtet worden seien. Nach der nächsten Sitzung am 15. April denke er, die Eckpunkte für eine gemeinsame Lösung gefunden zu haben, die auch unter Berücksichtigung der privaten Belange umsetzbar sei.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob dies vorverhandelt und auch durchsetzbar sei, sich das in die Zielrichtung bewege, den Bereich bald wieder öffentlich zugänglich zu machen und die Sperrung zu beschränken. Herr Goetzmann entgegnet, dass dies die Kernpunkte der Gespräche seien. Er habe die Bitte, nicht die Einzelergebnisse zu bewerten. Diese werden so miteinander abgestimmt, dass sie im Ergebnis zusammenpassen.

Auf die Nachfrage von Herrn Linke, wie das mit dem angekündigten Workshop zusammenpasse, äußert Herr Goetzmann Verwunderung. Er wisse nicht, woher diese Idee komme und wie zu einem Verwaltungsverfahren zur Erteilung einer Baugenehmigung eine Bürgerbeteiligung passen solle.

Herr Linke betont, dass dies ein Versprechen des Oberbürgermeisters gewesen sei und wo ein Wille sei, gebe es auch einen Weg.

Der Oberbürgermeister betont seinerseits, dass man sich hier auf ein Verfahren geeinigt habe und dessen Ergebnisse seien abzuwarten, um dann zu gucken, wie damit umgegangen werde.

zu 4.4 Entwicklungsbereich Krampnitz - 7. Sachstandsbericht Vorlage: 15/SVV/0174

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Auf die Frage von Herrn Dr. Scharfenberg nach dem Stand der gerichtlichen Auseinandersetzung entgegnet Herr Goetzmann, dass es nach Information des Landes keinen Termin beim OLG gebe.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.5 1. Jahresbericht des Modellprojekts "Strukturierte Bürgerbeteiligung in Potsdam" Vorlage: 15/SVV/0177

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
Hierzu erhält Herr Voigt, Sprecher des Beteiligungsrates, ein Rederecht.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Dr. Scharfenberg, dass er mit großem Interesse die Selbsteinschätzung des Beteiligungsrates zur Kenntnis genommen habe und fragt nach den Vorstellungen für dessen weitere Arbeit. In seiner Antwort geht Herr Voigt auf mögliche Entwicklungspotenziale und auch Mängel, wie z.B. die Wahrnehmung des Beteiligungsrates in der Öffentlichkeit, ein, an denen gearbeitet werden müsse.

Frau Dr. Müller hebt hervor, dass sich der Bericht exzellent lese und sehr strukturiert sei. Sie regt an, die „Kernknackpunkte“ als einen Extra-Tagesordnungspunkt zu besprechen, wie z.B. die „Transportwege“ zwischen Beteiligungsrat und Politik, die nach ihrer Auffassung noch nicht funktionieren oder die Ausstattung der Werkstätten.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, diese zentralen Themenstellungen herauszuarbeiten und im Hauptausschuss erneut zur Diskussion zu stellen.

Herr Schüler führt aus, dass er den Bericht des Beteiligungsrates anders gelesen habe und wirbt für mehr Geduld bei der Umsetzung der eigenen Entscheidungen.

zu 4.6 Anpassung der Aufsichtsratsvergütung in städtischen Unternehmen Vorlage: 15/SVV/0196

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister bringt die Mitteilungsvorlage ein.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Dr. Scharfenberg, dass er von dieser Mitteilung überrascht sei und er damit Probleme habe, diese nicht unerheblichen Steigerungen „abzusegnen“. Herr Schüler verweist auf einen entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2013 und meint, diese Angleichung sei durchaus angemessen sowie eine vertretbare Anerkennung der Arbeit der Stadtverordneten. Ebenso spricht sich Herr Finken für eine Angleichung aus.

Herr Dr. Scharfenberg widerspricht den Ausführungen von Herrn Schüler, denn der genannte Beschluss beinhalte keine derartige Steigerung.

Herr Schubert führt aus, dass eine moderate Modifikation Konsens sei und schlägt vor, sich z. B. im Rahmen einer Ältestenratssitzung darüber zu verständigen, was angemessen ist. Eine Verständigung in den Fraktionen, welche Angleichung vorstellbar wäre und Akzeptanz finde, solle, so Herr Dr. Scharfenberg, vor dem „Okay“ des Hauptausschusses erfolgen.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass eine Angleichung auch über die Kürzung von Beträgen in anderen Aufsichtsräten funktionieren könne. Er stellt den Vorschlag, die Mitteilungsvorlage bis zur Hauptausschusssitzung am **15. April zurückzustellen** und in den Fraktionen bzw. mit den Fraktionsvorsitzenden vorab zu besprechen, zur Abstimmung. Diesem Vorschlag wird mehrheitlich zugestimmt.

zu 4.7 Sachstandsbericht - Bündnis für Wohnen und Stärkung des sozialen Wohnungsbaus

gemäß Beschluss: 14/SVV/0885

lt. Beschluss beginnend ab März BE

Herr Jekel, Bereich Wohnungswirtschaft, verweist eingangs auf den Beschluss vom 28. Januar 2015, mit dem eine regelmäßige Berichterstattung im Hauptausschuss, beginnend ab März 2015, über die Prozesse und Ergebnisse festgelegt wurde.

In seinen Ausführungen geht er auf den Sachstand ein sowie auf

- die Zeitschiene
- den Begleitkreis
- den Zeitplan und
- die nächsten Schritte.

Ziel sei es, der Stadtverordnetenversammlung im September eine Vorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

Er schlägt vor, die dazu vorbereitete Power-Point-Präsentation, die er hier nicht zeigen konnte, im Ratsinformationssystem zu hinterlegen. Darin seien auch die von Frau Dr. Schröter nachgefragten Punkte dargestellt, die unstrittig seien.

Herr Dr. Scharfenberg hebt in seinen Ausführungen die konstruktive Atmosphäre im Begleitkreis hervor. Er sei optimistisch, dass es ein gutes Konzept sei und dieses termingerecht vorgelegt werde.

zu 4.8 Bürgerdialog Garnisonkirche - Terminschiene/Prozessorganisation
aus HA 11.03.2015

Der Oberbürgermeister informiert, dass der 29. April für den Start des Dialogs vorgesehen sei und mit einer Verständigung über die Diskussionsinhalte beginne. Am 20.05.2015 sei die Auftaktveranstaltung geplant.

neu Information zum Erhalt der Geburtenstation Bad Belzig
gemäß Beschluss: 15/SVV/0166

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Prof. Dr. Radke und Herr Grebner vom Klinikum Ernst von Bergmann.

Herr Grebner und Herr Prof. Dr. Radke führen aus, unter welchen personellen Voraussetzungen die Geburtenstation in Bad Belzig erhalten werden könnte. Trotz Prüfung unterschiedlicher Varianten und der Suche mit Headhuntern sei es bisher nicht gelungen, das nötige Fachpersonal zu akquirieren. Darüber hinaus stehe die Geburtenstation seit zehn Jahren auf dem Prüfstand einer möglichen Schließung, u. a. wegen der niedrigen Geburtenzahlen.

In der sich anschließenden Diskussion wird auf unterschiedliche, den Fraktionen bekannt gewordene Vorschläge verwiesen, so z. B. das Angebot aus Brandenburg, die Geburtenstation übernehmen zu wollen. Frau Dr. Müller wirbt nachdrücklich dafür, miteinander zu reden und alle Vorschläge zusammenzuführen.

Auf Nachfrage erläutert Herr Grebner die eingeleiteten Maßnahmen. Wenn sich an den fehlenden Voraussetzungen nichts ändere, müsse die Geburtenstation in Bad Belzig zum 01.04.2015 geschlossen werden und könnte, soweit die Voraussetzungen bis spätestens 17. Juni 2015 gegeben sind, wiedereröffnet werden. Danach müsse endgültig geschlossen werden. Er verweist darauf, dass diese Aufgabe dem Land zugeordnet werde und deshalb das zuständige Ministerium involviert sei.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob auch der Landrat von Potsdam-

Mittelmark einbezogen wurde, entgegnet der Oberbürgermeister, dass er den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis erhalten habe. Allerdings werde es für den Landkreis schwierig, die zusätzlichen Kosten allein zu tragen. Der entscheidende Punkt sei, das fehlende Fachpersonal zu finden. Wenn dieser Punkt nicht erfüllt ist, bleiben alle anderen Bemühungen erfolglos. Auch diese Problematik könne in der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses mit dem Kreisausschuss thematisiert werden. Im Endeffekt werde aber das Land entscheiden müssen.

Daraufhin schlägt Herr Schubert vor, Vertreter des Ministeriums einzuladen. Und darüber hinaus, so Herr Linke, auch den Landrat. Dann könne man die Kriterien erfragen und deren Realisierbarkeit beraten, die für den Erhalt der Geburtsstation erfüllt werden müssen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

neu Information zu den Sonntagsöffnungszeiten

Frau Krusemark informiert, dass mit Schreiben vom 20. März 2015 (Posteingang Landeshauptstadt) das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie die Stadt aufgefordert habe, die Ordnungsbehördliche Verordnung bis zum 03. April 2015 aufzuheben.

Am heutigen Tag, gegen 10:30 Uhr, habe das Oberverwaltungsgericht mitgeteilt, dass die Ordnungsbehördliche Verordnung über Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen aus Anlass besonderer Ereignisse für das Jahr 2015 mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt wurde. Obwohl dieser Beschluss unanfechtbar sei, werde die Stadt Rechtsmittel einlegen und erwarte noch vor dem Wochenende eine erneute Entscheidung.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass diese Entscheidung des Gerichts überrascht habe und er sie angesichts des bevorstehenden verkaufsoffenen Sonntags und der schon beworbenen Ladenöffnung für nicht verhältnismäßig erachte. Damit werde der Einzelhandel in Potsdam deutlich geschwächt, vor allem im Vergleich zu anderen Städten, wo weit darüber hinaus gegangen werde. Die gerichtliche Entscheidung stoße bei ihm auf völliges Unverständnis. Nun sei die Frage, was tun. Er sei in engem Kontakt mit den Verbänden und es gebe die Möglichkeit, per Dringlichkeitsantrag für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die Verordnung zu ändern und auf 6 Tage stadtweit zu reduzieren. Damit entfalle der Gegenstand der gerichtlichen Auseinandersetzung, auch auf die Gefahr, keine gültige Verordnung zu haben. Trotzdem sei aber eine grundsätzliche Klärung nötig, denn rund um Potsdam habe alles geöffnet und das sei absurd.

Auf die Nachfrage von Herrn Wellmann, was die Stadt zur Rettung des bevorstehenden verkaufsoffenen Sonntags tun könne, entgegnet er, dass es keine Möglichkeiten gebe. Trotzdem werde die Stadt ihre Argumente dem Gericht vortragen – er halte die Erfolgsaussichten aber für gering.

Herr Schüler führt aus, dass diese Angelegenheit seit zwei Jahren kontrovers zwischen Land und Stadt diskutiert werde und er bedauere, dass die Stadt bislang nicht gegen die Entscheidung des Landes geklagt habe. Dann wäre diese Situation vermeidbar gewesen.

zu 5 Sonstiges

Gemeinsame Sitzung Hauptausschuss und Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark

Herr Kümmel informiert, dass er verabredungsgemäß als mögliche Termine die jeweils ersten Hauptausschusssitzungen im Monat für eine gemeinsame Sitzung angeboten habe und derzeit der 13. Mai 2015 in Prüfung ist.

Soweit diesem seitens Potsdam-Mittelmark zugestimmt werde, sollte sich der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 15. April über einen Themenkatalog verständigen.